

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 51	S0096/07	23.04.2007

zum/zur

A0068/07

Bezeichnung

Konfliktprävention an Magdeburger Schulen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

15.05.2007

Ausschuss für Bildung, Schule und Sport

12.06.2007

Jugendhilfeausschuss

31.05.2007

Stadtrat

05.07.2007

Mit der Verabschiedung des jugendpolitischen Programms „BIB Magdeburg – berufliche und soziale Integration Benachteiligter“ im Jahr 2006 bekannte sich die Landeshauptstadt u. a. dazu, die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu stärken. Durch die Verankerung weiterer Schulsozialarbeiterprojekte in der Magdeburger Schullandschaft kann ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung verschiedenster Zielstellungen, u. a. zur Verringerung von Schulverweigerung und zur Stärkung von sozialen Kompetenzen, geleistet werden. Die Umsetzung gewaltpräventiver Projekte, wie z. B. der Schulmediation, gehört zu den wichtigsten Aufgaben innerhalb der Schulsozialarbeit. Für das kommende Schuljahr ist geplant, Schulsozialarbeit in den Förderzentren Nord und Süd zu verankern, um u. a. auch ein Netzwerk für Schulmediation zu etablieren.

Im Rahmen einer eintägigen Fachveranstaltung zum Thema „Gewaltprävention an Magdeburger Schulen“, welche durch das Jugendamt und den „Deutscher Familienverband Sachsen – Anhalt e. V.“ am 20. März 2007 initiiert wurde, konnten sich Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe sowie Polizei und anderen Institutionen zur Thematik austauschen. Grundlage für die Veranstaltung waren die Ergebnisse einer Diplomarbeit zum Thema „Schule und Gewaltprävention – Ein Überblick über gewaltpräventive Projekte an Magdeburger Schulen“. Der Fachtag lud ein, die Ergebnisse der Erhebung kennen zu lernen und auf dieser Grundlage im Rahmen verschiedener Workshops die eigenen Erfahrungen mit gewaltpräventiven Projekten einzubringen und in fachliche Diskussionen einzusteigen. Die Wirksamkeit gewaltpräventiver Projekte, insbesondere der Streitschlichterprojekte an Schulen, wurde auf dem Fachtag mehrfach hervorgehoben und eine verstärkte Etablierung an möglichst vielen Schulen eingefordert.

Die AG „Gewalt an Schulen“ des kriminalpräventiven Beirates hat sich ebenfalls in diesem Jahr der Thematik verschrieben und versucht auf regionaler Ebene Fachkräfte aus Schule, Jugendhilfe und Polizei in einen fachlichen Austausch zu bringen.

Im Rahmen von Lehrerfort- und -weiterbildungen bringen sowohl freie Träger der Jugendhilfe als auch Fachkräfte der Polizei ihre Erfahrungen und Kompetenzen bereits seit einigen Jahren ein.

Aus Sicht der Jugendhilfe ist es von großer Bedeutung, diese Thematik sowohl in die Lehrerbildung als auch in die Lehrplan- und Unterrichtsgestaltung aufzunehmen. Zur o. g. Thematik müsste das Land Sachsen-Anhalt ein entsprechendes Konzept erarbeiten sowie die Rahmenbedingungen schaffen. Bei der Umsetzung kann dann auch die örtliche Jugendhilfe mit ihrer Fachkompetenz unterstützend wirksam werden.

Bröcker